dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 12 **28. März 2014**

aktuell

Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen:
Bundesweite Warnstreiks vor der letzten Verhandlungsrunde+++
Warnstreik bei der WiBus – Totalausfall im Busverkehr –
Russ: Geduld mit den Arbeitgebern endgültig vorbei+++
dbb Vize Benra: Auch im öffentlichen Dienst besteht weiterhin Handlungsbedarf bei der Gleichbehandlung von Männern und Frauen+++
dbb bundesfrauenvertretung: Gender Budgeting als Verwaltungsinstrument fördern+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DSTG-Chef Eigenthaler trifft Sachsen-Anhalts Finanzminister Bullerjahn+++
Sächsischer Beamtenbund: Positionspapier der Lehrerverbände fordert starke Schulen mit individuellen Förderungsmöglichkeiten+++
dbb brandenburg: Gespräch mit dem neuen Finanzminister Christian Görke+++
beamtenbund thüringen warnt: Wahlkampf nicht zu Lasten der Thüringer Schüler führen+++
Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM ruft Telekom-Beschäftigte zu Warnstreiks auf+++
GDL erzielt Tarifabschluss mit der Deutschen Bahn AG – Weselsky: „Beharrlichkeit führt zum Erfolg!“+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Einkommensrunde Bund und Kommunen: Bundesweite Warnstreiks vor der letzten Verhandlungsrunde

(dbb) Am 31. März 2014 beginnen in Potsdam die vorerst letzten Verhandlungen in der Einkommensrunde 2014 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Da die zweite Runde am 21. März ergebnislos beendet wurde, traten erneut zehntausende Beschäftigte in ganz Deutschland in den Warnstreik. Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, der die Verhandlungen führt, zeigte sich enttäuscht von den Arbeitgebern. „Es gab eine gewisse Annährung, aber es reicht noch lange nicht. Die Gespräche waren zwar sehr konkret und gründlich", sagte Russ. Trotzdem sei man in wesentlichen Punkten wie Einkommen und Übernahmemodalitäten „noch Lichtjahre voneinander entfernt".

Enttäuscht waren auch die Beschäftigten – und trugen ihren Unmut deutlich sichtbar auf die Straßen und Plätze der Republik. Zu Demonstrationen und Kundgebungen kam es im Wochenverlauf insbesondere in Berlin, Niedersachsen (Hannover), im Saarland (Saarbrücken), Bayern (Erlangen), Baden-Württemberg (Ludwigsburg, Flughafen Stuttgart), Hessen (Flughafen Frankfurt), Nordrhein-Westfalen (Bochum), Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Schleswig-Holstein (Kiel), Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin), Thüringen (Erfurt) und Hamburg.

Besonders kritisiert wurden die vielen fatalen Signale, die die Politik in den vergangenen Monaten an die Beschäftigten gesendet hatte. „Die Bundestagsabgeordneten haben ihre Diäten kräftig erhöht, gleichzeitig bezeichnet der Innenminister unsere Forderung als maßlos. Deutschland geht es wirtschaftlich gut wie selten zuvor, trotzdem wollen die Arbeitgeber die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht ordentlich am Aufschwung beteiligen – sondern drohen ganz offen mit Privatisierungen. Das geht so nicht. Dieses Verhalten ist nicht nur eine Ohrfeige für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, es ist auch ein fatales Zeichen an die jungen Menschen, die wir für die Arbeit im öffentlichen Dienst gewinnen müssen", so Willi Russ in Hannover.

Die vielen engagierten Wortführer der dbb Landesbünde und Fachgewerkschaften, die bei den zahlreichen Aktionen unermüdlich für die Sache der Beschäftigten kämpften, machten ihrem Ärger über die Arbeitgeberseite Luft. Der öffentliche Dienst, dessen Funktionstüchtigkeit weltweit seinesgleichen suche, werde zu oft als Selbstverständlichkeit hingenommen. So sei immer wieder festzustellen, dass man den Beschäftigten „den Respekt schuldig bleibt, für engagierte Arbeit auch angemessen zu bezahlen". Letztlich sei entscheidend, was „die Kolleginnen und Kollegen am Ende im Portemonnaie haben – und hier haben die Arbeitgeber noch längst nicht genug Bewegungsbereitschaft gezeigt".

Insbesondere die Forderungen der jungen Beschäftigten nach einer Erhöhung der Azubi-Entgelte und einer unbefristeten Übernahme wurden vor dem Hintergrund des Nachwuchsmangels und des steigenden Altersdurchschnitts im öffentlichen Dienst immer wieder mit Nachdruck vertreten. Die Jugend habe es „satt, immer nur als Kostenfaktor und als Negativseite in der Bilanz dargestellt zu werden". Vielmehr sei sie „die Zukunft des öffentlichen Dienstes" und wolle endlich entsprechend behandelt werden.

Als beeindruckend erwies sich einmal mehr die große Solidarität unter den Beschäftigten: Zahlreiche Beamtinnen und Beamte unterstützten in ihrer Freizeit die Protestaktionen. „Für den dbb ist klar, dass der Tarifabschluss auf jeden Fall und in vollem Umfang auch auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes anzuwenden ist", stellte Willi Russ klar. „Zeitverzug, Abzüge und das gegeneinander Ausspielen höherer und niederer Besoldungsgruppen werden wir nicht akzeptieren."

Ausführliche Berichte und Bilder zu den Aktionen stehen auf der Internetseite-Sonderseite zur Einkommensrunde unter:
http://www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2014/
(01/12/14)

Warnstreik bei der WiBus – Totalausfall im Busverkehr – Russ: Geduld mit den Arbeitgebern endgültig vorbei

(dbb) Rund 150 Beschäftigte der Wiesbadener Busgesellschaft mbH (WiBus) haben am 26. März 2014 in Wiesbaden in den frühen Morgenstunden für einen Totalausfall des Busverkehrs gesorgt. Im Zuge eines ganztägigen Warnstreiks im Fahrdienst blieben 150 Busse von Dienstbeginn um 4 Uhr früh an in den Depots. Zum Warnstreik aufgerufen hatte die im dbb beamtenbund und tarifunion organisierte Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG).

Bei einer Kundgebung auf dem Luisenplatz rief der dbb Verhandlungsführer Willi Russ die Arbeitgeber zu sofortigen Verhandlungen auf: „Seit drei Jahren versuchen wir für die Kolleginnen und Kollegen der WiBus eine Gleichbehandlung der Beschäftigungsbedingungen mit den Fahrern der ESWE Verkehr herbeizuführen. Außer leeren Versprechungen der Arbeitgeber und der Politik dieser Stadt, abgebrochenen Tarifverhandlungen, blindem Aktionismus einzelner Akteure und Verweisen in die Warteschleife ist dabei nichts rumgekommen."

Die Gewerkschaftsforderungen lägen seit Langem auf dem Tisch. Russ:
„Wir wollen einen Sockelbetrag von 100 Euro. Wir wollen eine lineare Erhöhung der Entgelte um 3,5 Prozent. Wir wollen eine Nahverkehrszulage von 70 Euro monatlich und wir wollen die Tarifierung der ergänzenden Sonderzahlung von 1.000 Euro." Sollten die WiBus weiter mauern, sei der heutige Warnstreik nur der Anfang. „Wenn die Geschäftsführung nicht aufwacht kommen wir wieder und wir werden den Streik ausweiten. Unsere Geduld mit den Arbeitgebern und dem Stadtrat ist endgültig vorbei."

Die vom heutigen Streik betroffenen Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens bat Willi Russ ausdrücklich um Verständnis: „Es tut mir leid, dass Sie nun die Leidtragenden dieser Tarifauseinandersetzung sind, aber tragen Sie Ihren Unmut ruhig der Stadtspitze vor, denn die ist letztendlich für dieses Chaos im kommunalen Nahverkehr hier in der Stadt zuständig." (02/12/14)

dbb Vize Benra: Auch im öffentlichen Dienst besteht weiterhin Handlungsbedarf bei der Gleichbehandlung von Männern und Frauen

(dbb) Der Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra sieht auch im öffentlichen Dienst weiteren Handlungsbedarf bei der Gleichstellung von Männern und Frauen, zu der „Gender Budgeting" einen wichtigen Beitrag leisten könne. „Gender Budgeting bietet die Möglichkeit, das Prinzip der Geschlechtergleichheit in der Haushaltspolitik umzusetzen", sagte Benra am 25. März 2014 im dbb forum berlin vor rund 250 Teilnehmerinnen der 11. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung zum Thema „Was verdient die andere Hälfte des Himmels? Gender Budgeting als Gerechtigkeitsgebot".

Jenseits aller Rollenklischees seien es vor allem demografische Aspekte, die zum Umdenken zwingen, so Benra weiter.. Ein überdurchschnittliches Absinken der Erwerbsbevölkerung bis 2050 (um 28 Prozent) im Verhältnis zu einem deutlich stärkeren Anstieg der Deutschen über 65 Jahre (auf 32 Prozent) verdeutliche das Ausmaß der im internationalen Vergleich notwendigen höheren Anstrengungen, die Deutschland unternehmen müsse, um Produktivität und Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. „Anderenfalls droht mittel- und langfristig ein Wohlstandsproblem in Deutschlands Volkswirtschaft", warnte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende.

Mit Blick auf die Gender Budgeting-Diskussion wies Benra unter anderem auch auf die angekündigte Flexibilisierung des Elterngeldes, die Verbesserung der Kindertagesbetreuung und auf die Notwendigkeit hin, die Rückkehr von Teilzeit- auf Vollzeitstellen zu erleichtern. Ferner forderte Benra erneut, die so genannte Mütterrente im Ergebnis ohne Abstriche auf

das Beamten- und Versorgungsrecht zu übertragen. „Letztlich ist das auch eine Frage der Bezahlungsgerechtigkeit unter Genderaspekten", betonte der Fachvorstand Beamtenpolitik. (03/12/14)

dbb bundesfrauenvertretung: Gender Budgeting als Verwaltungsinstrument fördern

(dbb) Gender Budgeting ist aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung ein dringend notwendiges Mittel, um durch geschlechtersensible Haushaltspolitik die „gleiche Teilhabe von Männern und Frauen am öffentlichen Leben" zu verwirklichen. „Gender Budgeting ist ein zentrales Verwaltungsinstrument, das Budgetverantwortlichen dabei hilft, sich einen unverstellten Blick auf die eigene Haushaltspolitik zu verschaffen. Es ermöglicht, die Gleichstellung von Männern und Frauen gezielt über den kontrollierten Einsatz von Steuermitteln zu lenken", sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 25. März 2014 auf der 11. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung in Berlin.

Gerade die gerechtere und sinnstiftende Verteilung von familienpolitischen Leistungen sei mit kluger und geschlechtersensibler Kosten-Nutzen-Abwägung bei der Haushaltsmittelverteilung hinzubekommen. „Spartenpolitik in Form von populistischen Geldgeschenken an bestimmte Bevölkerungsgruppen kann durch Gender Budgeting von vornherein ausgeschlossen werden", betonte die Vorsitzende.

Helene Wildfeuer sieht in gezielten Gender Budget-Analysen zudem den Schlüssel zu einem diskriminierungsfreien öffentlichen Arbeitsmarkt. Europäische Arbeitsmarktförderung könne so abgerufen werden, dass die damit finanzierten Projekte weder zum Nachteil noch zum einseitigen Vorteil für Männer oder Frauen gerieten. Dies sei angesichts der hohen geschlechterbedingten Verdienstunterschiede und dem niedrigen Arbeitsvolumen von Frauen in Deutschland dringend geboten. „Von einer frauen- und familienfreundlichen Arbeitswelt, die Frauen-Arbeit den gleichen Stellenwert einräumt wie Männer-Arbeit, können wir bisher nur träumen! Es fehlen beinahe überall Ganztagsbetreuungsangebote und noch immer tun sich Arbeitgeber schwer, flexible Arbeitszeitmodelle und mobile Arbeitsplätze anzubieten."

Vor allem, wenn es um die Besetzung von Führungspositionen mit Frauen ginge, sei die Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber immens. „Was uns hier nur helfen kann, sind klare gesetzliche Vorgaben, die im Dienste der gleichen Teilhabe von Männern und Frauen stehen. Der Aufruf zur freiwilligen Frauenförderung hat uns hier in den vergangenen 20 Jahren keinen Schritt weitergebracht."
(04/12/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DSTG-Chef Eigenthaler trifft Sachsen-Anhalts Finanzminister Bullerjahn

(dbb) Zu einem breiten Meinungsaustausch sind am 20. März 2014 der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize, Thomas Eigenthaler, und der Finanzminister von Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn, der seit Oktober 2012 als Vorsitzender des Vorstandes der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Tarifverhandlungen im Länderbereich maßgeblich mitbestimmt, in Magdeburg zusammengetroffen. An dem Gespräch im Finanzministerium nahm auch die DSTG-Landesvorsitzende Iris Herfurth teil.

Auf der Agenda standen eine Reihe bundespolitischer und landespolitischer Themen, die die Beschäftigten in der Finanzverwaltung betreffen. Eigenthaler begrüßte, dass das Land seine Ausbildungsanstrengungen in der Finanzverwaltung verstetigt habe und warb dafür, diesen Weg konsequent weiter zu gehen. „Es dient den ureigenen Interessen des Landes,

jungen Leuten aus Sachsen-Anhalt eine gute Berufschance zu geben und sie im Lande zu halten." Man war sich auch einig, dass ohne eine gut funktionierende EDV in Zukunft „kein Staat zu machen sei". Allerdings kämpften die Beschäftigen all zu oft auch mit den Tücken der Datenverarbeitung. Dies sei ein bundesweites Problem.

Weitere Themen waren auch die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Behördenunterbringung sowie die Frage, wie das Image einer Eingriffsverwaltung in positiver Weise verbessert werden kann. Im Hinblick auf die geplante Auflösung der Oberfinanzdirektion in Magdeburg warben die DSTG-Vertreter für sach- und beschäftigtengerechte Lösungen. Ferner dürfe aus Sicht der DSTG, die Personalstufenvertretung durch den Wegfall der Mittelebene nicht geschwächt werden. DSTG-Chef Eigenthaler und Minister Bullerjahn kamen überein, den Meinungsaustausch über steuerpolitische Fragestellungen zu intensivieren.
(05/12/14)

Sächsischer Beamtenbund: Positionspapier der Lehrerverbände fordert starke Schulen mit individuellen Förderungsmöglichkeiten

(dbb) Am 25.März 2014 haben die Lehrerverbände im Sächsischen Beamtenbund in Dresden ein Positionspapier mit dem Namen „Konzept 2o 2o" zur Ausgestaltung von Schulen in Sachsen vorgelegt, das sich unter anderem mit der zunehmenden Überalterung der Lehrer im Freistaat auseinandersetzt.

Das Prinzip „Fordern und Fördern" müsse ein gesamtgesellschaftliches Anliegen individueller Betreuung auf der Grundlage guter Lehr- und Lernbedingungen sein, heißt es gleich zu Beginn des Positionspapiers, das „die großen Erfolge sächsischer Schulpolitik" auf zwei Ursachen zurückführt: „Ein stabiles Schulsystem auf Grund einer stabilen Bildungspolitik in den vergangenen 20 Jahren und hervorragend arbeitendes und mit vielen Erfahrungen ausgestattetes Lehrpersonal." Doch hier liege das Problem: Da das Durchschnittsalter sächsischer Lehrerinnen und Lehrer stetig steigt und junge Lehrerinnen und Lehrer nicht im erforderlichen Maße eingestellt werden, entstünden zunehmend deutliche Lücken in der Unterrichtsversorgung. Eine Weitergabe des Erfahrungsschatzes an jüngere Lehrkräfte sei deshalb nur bedingt möglich. Die immer älter werdende Lehrerschaft werde zunehmend belastet, Vertretungen seien kaum noch zu leisten und individuelle Förderung bleibe auf der Strecke.

„Deshalb fordern wir endlich ein schlüssiges Personalkonzept für die Schulen", so eine Kernforderung des Positionspapiers. Die fehlende Neueinstellung junger Lehrerinnen und Lehrer sei ein Kernproblem. „Junge Lehrkräfte kommen aber in der Regel nur dann nach Sachsen, wenn die äußeren Bedingungen stimmen. Als Tarifbeschäftigte haben Lehrer gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern, die verbeamten, viele Nachteile. Dieser Nachteil muss im Interesse sächsischer Schulpolitik ausgeglichen werden, erst dann werden genügend neue Lehrerinnen und Lehrer auch den Weg nach Sachsen finden und die von der Lehrerschaft geforderten Altersteilzeitregelungen greifen können."
(06/12/14)

dbb brandenburg: Gespräch mit dem neuen Finanzminister Christian Görke

(dbb) Am 25. März 2014 sind der dbb Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck und die stellvertretende Vorsitzende Kathrin Wiencek in Potsdam zu einem ersten Gespräch mit dem neuen Finanzminister Christian Görke zusammengetroffen

Minister Görke ging auf die aktuellen Bestrebungen der Landesregierung ein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern. Hierbei müssten auch die Auswirkungen des demografischen Wandels berücksichtigt werden. Derzeit befinde man sich in Sondierungsgesprächen zur Erweiterung des „TV Umbau". Der Finanzminister äußerte die Hoffnung be-

reits vor der anstehenden Landtagswahl zu ersten Ergebnissen zu kommen.
Ein weiterer Schwerpunkt der Unterredung war der Personalabbau im öffentlichen Dienst. Der Finanzminister stellte hierzu fest, dass die ursprünglich für 2020 angestrebte Zahl von 42.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst einer Überprüfung bedarf. Er wies auf die Tatsache hin, dass in den nächsten 10 bis 12 Jahren etwa ein Drittel der Landesbediensteten aus Altersgründen ausscheidet. Es müsse entsprechende Vorsorge betrieben werden.

dbb Landeschef Roggenbuck betont erneut, dass es Ziel der Landesregierung sein sollte, die besten Nachwuchskräfte für Brandenburg zu gewinnen. Der dbb brandenburg sei sich klar, dass man sich nicht mit Ländern wie Bayern vergleichen könne, es sei aber ein zunehmender Wettbewerb mit den Nachbarländern um Fachkräfte für den öffentlichen Dienst festzustellen. Roggenbucks Stellvertreterin Kathrin Wiencek wies in diesem Zusammenhang auf die Problematik der schwierigen Gewinnung junger Lehrerinnen und Lehrer insbesondere in den benötigten Fächerkombinationen hin.
(07/12/14)

beamtenbund thüringen warnt: Wahlkampf nicht zu Lasten der Thüringer Schüler führen

(dbb) Als „wenig hilfreichen Beitrag zum Thüringer Schulfrieden" bezeichnete der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbunds (tbb) Helmut Liebermann die am 21. März 2014 bekannt gewordenen Aussagen des Thüringer Finanzministers Wolfgang Voß zur Situation an den Thüringer Schulen und zur Lehrer-Verbeamtung.

Es sei nicht mehr erkennbar, welche Ziele die CDU Thüringen verfolge, kritisierte der tbb Vorsitzende. Während noch im Leitantrag zum CDU-Parteitag am 23. November 2013 beschlossen worden war: „Auch die Verbeamtung von Lehrern ist ein Baustein, um die Leistung der Lehrer zu honorieren und die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Lehrer Beamte werden können", widersprechen die Äußerungen von Finanzminister Voß dieser Programmatik. Liebermann fordert die CDU Thüringen zum Handeln auf. „Es ist an der Zeit, dass endlich eine Entscheidung getroffen wird und nicht über die Medienberichterstattung in der Bevölkerung vorgefühlt wird, wie die Stimmung dazu ist. Dass die Thüringer Schulen endlich Ruhe, Frieden und Stetigkeit brauchen, halten auch der Beamtenbund und seine Lehrerverbände für dringend nötig." Liebermann regte an, den „Runden Tisch für Schulpolitik", wie der Finanzminister ihn vorgeschlagen hat, noch vor der Landtagswahl im September zu installieren: „Der Beamtenbund und seine Lehrerverbände stehen bereit."
(08/12/14)

Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM ruft Telekom-Beschäftigte zu Warnstreiks auf

(dbb) Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hat die bei der Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technischer Service GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH und Deutschen Telekom Technik GmbH in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern als beschäftigten Arbeitnehmer am 27. März 2014 zu ganztägigen Warnstreiks aufgerufen. Zeitgleich fanden sowohl in Schwerin als auch in Kiel Protestkundgebungen statt.

Mit den Warnstreiks wollte die DPVKOM Druck auf die Deutsche Telekom ausüben, bei der nächsten Entgeltrunde am 31. März 2014 in Bonn ein stark verbessertes Tarifangebot vorzulegen. „Der Arbeitgeber sollte wissen, dass sich die Beschäftigten angesichts der positiven Geschäftsentwicklung der Telekom nicht mit Almosen abspeisen lassen wollen", stellte der stellvertretende DPVKOM-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Horst Sayffaerth klar. „Die Deutsche Telekom ist gut beraten, diesen Warnschuss ernst zu nehmen. Die Beschäftigten erwarten einen deutlichen Einkommenszu-

wachs und werden hierfür notfalls erneut die Arbeit niederlegen."

Die DPVKOM fordert 5,8 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesterhöhung der Monatsentgelte um 150 Euro sowie eine Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen und des Ausgründungsschutzes bis Ende 2016 sowie eine 12-monatige Laufzeit der Tarifverträge. Das in der letzten Verhandlungsrunde am 17. März von Arbeitgeberseite vorgelegte - und von der DPVKOM als unzureichend abgelehnte - Angebot beinhaltet Lohnsteigerungen von 1,6 Prozent rückwirkend zum 1. Februar 2014 und um weitere 1,4 Prozent zum 1. Februar 2015 bei einer 24-monatigen Laufzeit des Tarifvertrages.
(09/12/14)

GDL erzielt Tarifabschluss mit der Deutschen Bahn AG – Weselsky: „Beharrlichkeit führt zum Erfolg!"

(dbb) „Unsere Beharrlichkeit hat sich gelohnt. Dieser Abschluss ist von zentraler Bedeutung, denn er löst eines der brennendsten Probleme der Lokomotivführer." Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn.

GDL und DB haben sich auf umfassende Regelungen zum besonderen Schutz bei Fahrdienstuntauglichkeit von Lokomotivführern geeinigt, die aus gesundheitlichen Gründen ihren Beruf nicht mehr ausüben können. So erhalten Lokomotivführer erstmalig die freie Entscheidungsmöglichkeit, im Falle von Fahrdienstuntauglichkeit mittels Abfindung den Konzern verlassen zu können und sich beruflich neu zu orientieren. Unabhängig davon können sie auch die von der DB angebotenen Arbeitsplätze annehmen. Damit ist ein für beide Seiten tragbarer Kompromiss gefunden und die individuelle Entscheidung der Lokomotivführer in den Vordergrund gerückt.
Die Tarifvertragsparteien einigten sich auch auf den weiteren Ausbau der ortsnahen Vermittlung für Lokomotivführer, deren Fahrdienstuntauglichkeit etwa auf Traumatisierung oder einem Arbeitsunfall beruht. Die Einigung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Tarifkommission für die DB-Tarifverträge. Stimmt diese zu, tritt der „Tarifvertrag über die besonderen Bedingungen bei Verlust der Fahrdiensttauglichkeit" am 1. April 2014 in Kraft.
(10/12/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Zweite dbb Vorsitzende und dbb Verhandlungsführer bei der laufenden Tarifrunde für die Beschäftigen im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, **Willi Rus**s, hat die bundesweiten Warnstreiks der vergangenen Tage als nötiges Druckmittel auf die Arbeitgeber verteidigt. „Heute ist unser letzter Streiktag vor der dritten und letzten Verhandlungsrunde am Montag", sagte er am 27. März 2014 der „Welt". „Wir liefern heute das Szenario dafür, was passieren kann, wenn es zu keiner Einigung kommen sollte."

Volker Stich, Chef des BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg und Vorsitzender des Landesrundfunkrates des Südwestrundfunks SWR, ist überzeugt, dass das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum politischen Einfluss von Gremien auf das ZDF auch Auswirkungen auf den SWR-Staatsvertrag haben wird. Seiner Auffassung nach müsse die Zusammensetzung des Verwaltungsrates verändert werden, der auch nach dem neuen Staatsvertrag mit sieben Vertretern der Landtage und Regierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und nur acht gewählten Vertretern aus dem Rundfunkrat besetzt ist. „Ich gehe davon aus, dass das so nicht bleiben kann", sagte Stich, der auch

stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, am 26. März 2014 in Stuttgart.

Aus Sicht des stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, entgehen dem Fiskus jährlich Einnahmen von Milliarden Euro, weil das Einkommensteuerrecht „völlig degeneriert" ist. Die dort aufgeführten Ausnahmensorgten für so viel Komplexität, dass viele Finanzbeamte ihre Fälle kaum noch prüfen können, sagte Eigenthaler „Euro am Sonntag" vom 26. März 2014: „Die Politik muss ihre Hasenfüßigkeit aufgeben und Ausnahmen abschaffen."

„Der Streit um G8 oder G9 geht am Kernproblem vorbei", schaltete sich der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, in die aktuelle Diskussion um die von einigen Bundesländern angekündigte Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialausbildung (G9) ein. „Der Schwerpunkt liegt auf der Gestaltung der Sekundarstufe I. Diese muss durchlässig für weiterführende Schulstufen sein. Alles zurückzudrehen, ist deshalb keine Lösung. Der gymnasiale Bildungsgang darf nicht losgekoppelt werden von den anderen Bildungsgängen", sagte Beckmann am 24. März 2014.
(11/12/14)